

Der Staatsanwalt erhob gegen den Studenten Lukas Jukics, der am 8. Juni den Banus Cuvaj zu ermorden versuchte und den an seiner Stelle im Automobil neben dem Banus sitzenden Banalrat Horvols durch einen Revolverstich tödlich verwundete, Anklage wegen Mordelmsord und versuchten gemeinen Mordes. Die Anklage erstreckt sich ferner gegen sechs Schüler verschiedener Mittelschulen wegen Mithschuld an dem Mordelmsorde, da diese monatelang vor der Ausführung des Tat Belprechungen über die Ermordung des Banus gepflogen haben. Auch sollen die Angeklagten eingeladen haben, daß sie die Ermordung verschiedener anderer politischer Persönlichkeiten geplant haben. Jukics gab zu, daß er bereits früher beabsichtigte, den Banus zu ermorden, jedoch den Mut verlor, worauf er dann von dem mitangeklagten Mittelschüler Horvat arg beschimpft und Feigling genannt wurde. Er sei in Tränen ausgebrochen und verließ wenige Tage danach das Lientat.



Kaiser Mutsuhito von Japan, der schwer erkrankt ist.

Zum russisch-japanischen Vertragsabschluss.

Trotz offizieller Dementi ist es als sicher anzusehen, daß die Abschrift des russisch-japanischen Vertrages bereits nach Petersburg weiter gegeben worden ist. Es wird berichtet, daß Rußland darin viele Konzessionen gemacht hat, besonders für die Zulassung japanischer Einflüsse in der östlichen Mongolei. Die vertragsstehenden Mächte hoffen auf seinen Widerstand von Seiten der übrigen Großmächte zu stoßen.

Ausruhr in Niederländisch-Indien.

Eine amtliche Depesche aus Niederländisch-Indien berichtet vom 19. Juli: Unter 300 chinesischen Arbeitern, die für die staatliche Zinngruben auf der Insel Banka angeworben sind, brachen Unruhen aus. Obwohl die Behörden ihr Bestes taten, um die Arbeiter zu beruhigen, griffen diese doch das Bureaugebäude an und töteten eine Person. Sie ließen sich nicht durch das herbeigerufene Militär einschüchtern. Die Truppen feuerten schließlich, erschossen drei Rebellen und verwundeten 15, von denen 6 gestorben sind. Die Ordnung ist wiederhergestellt. Die Unruhen entstanden dadurch, daß die Arbeiter verlangten, alle in ein und derselben Grube beschäftigt zu werden. Dem Wunsch konnte nicht entsprochen werden.

Zuckersteuer und Reichsfinanzpolitik.

Durch das Gesetz über die Deckung der Kosten der Verstärkung von Meer und Flotte vom 14. Juni d. J. ist bestimmt, daß die durch das Finanzreformgesetz vom Juli 1909 vorgesehene Ermäßigung der Zuckersteuer von 14 auf 10 M für 100 Kilogramm 6 Monate nach der Einführung einer allgemeinen Besitzsteuer, spätestens aber am 1. Oktober 1910 in Kraft treten soll. Die bereits im Jahre 1908 im Interesse der Konsumenten, der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie durch Reichsgesetz festgesetzte Ermäßigung, die einen Abbruch in der so vielen Wandlungen unterworfenen Behandlung des Zuckers als Steuerobjekt der Reichsfinanzen bringen sollte, ist damit abermals vertagt worden. Wie alle indirekten Verbrauchsabgaben in den zahlreichen Finanzreformen und Verträgen zu folgen eine hervorragende Rolle gespielt haben, so war die Besteuerung des Zuckers einem stän-

digen Wechsel unterworfen, der noch durch das System der Ausfuhrprämien und seine internationale Regelung stark beeinflusst wurde.

Im Deutschen Zollverein war der Zucker einer gemeinschaftlichen Abgabe unterworfen in Form einer Rübzuckersteuer, deren ursprünglicher Satz von 0,30 M für 100 Kg. im Jahre 1860 auf 1,60 M gesteigert wurde. Gleichzeitig fand auch eine gesetzliche Regelung der seit 1861 gewährten Ausfuhrvergütungen statt. In dieser Form erscheint nach der Begründung des Reiches die Zuckersteuer als Einnahmequelle der Reichsfinanzen. Ihre Erträge stiegen im Durchschnitt der Jahre 1872 bis 1875 von 47 Millionen auf 68 Millionen bis 1880 und auf 130 Millionen bis 1885. Gleichzeitig aber trat durch die außerordentliche Zunahme der Ausfuhr und die daraus sich ergebenden Ausfuhrvergütungen eine erhebliche Abnahme der Nettoerträge für die Reichsfinanzen ein. Das Jahr 1886/87 brachte beispielsweise bei 127 Millionen Steuererträgen nur noch 29 Millionen Einnahmen für die Reichsfinanzen. Die Folge war zunächst eine mäßige Herabsetzung der Ausfuhrprämien und eine Erhöhung der Rübensteuer auf 1,70 M. Beide Maßnahmen hatten aber den erwünschten Erfolg nicht.

Es begann daher mit dem Gesetz vom Jahre 1887 eine neue Epoche in der Gesetzgebung der Zuckersteuer. Die Rübensteuer wurde auf 0,80 M ermäßigt, daneben aber eine Fabrikabgabe von 12 M für 100 Kg. Zucker eingeführt. Gleichzeitig erfolgte eine Herabsetzung der Ausfuhrvergütungen auf die Hälfte der früheren Sätze. Wiederholte Krisen der Zuckerindustrie und besonders die allen zuckerausführenden Staaten durch das Prämienkrisen fühlbaren Einbußen an Einnahmen führten 1890 zu einem ersten Versuch, durch die Londoner Konvention die Ausfuhrprämien zu beseitigen, der indessen an dem Widerstand einiger Staaten scheiterte. Die Gesetzgebung von 1887 hatte einen Erfolg für die Reichsfinanzen nicht gebracht; einem Steuerertrage von 118 Millionen im Jahre 1888 hand nur eine Nettoeinnahme von 14,7 Millionen gegenüber. Infolgedessen wurde im Jahre 1889 dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt, der auf die Rübensteuer ganz verzichtete und die Fabriksteuer weiter ausbilden wollte. Das Gesetz kam nicht zustande, seine Tendenz wurde aber in einer neuen Vorlage wieder aufgenommen, die im Jahre 1891 nach harten Kämpfen zur Annahme gelangte. Die Rübensteuer kam damit ganz in Fortfall, während die Verbrauchsabgabe auf 18 M erhöht wurde. Die Ausfuhrzulüsse, wie sie von jetzt ab hießen, wurden für die nächsten 3 Jahre auf 1,25 M für 100 Kg. Rohzucker und für weitere 2 Jahre auf 1 M festgesetzt. Der Erfolg des Gesetzes war, daß im Durchschnitt der Jahre 1891-95 einem Steuerertrage von 115 Millionen ein Nettoertrag von 73 Millionen gegenüber stand.

Bei der Festlegung der Ausfuhrzulüsse für 3 Jahre hatte man damit gerechnet, daß in der Zwischenzeit eine Beseitigung der Ausfuhrprämien durch internationale Vereinbarung möglich sein würde. Diese Hoffnung erfüllte sich jedoch nicht, vielmehr führte die Zollpolitik der Vereinigten Staaten zu einem so erheblichen Rückgang der Zuckerpreise, daß durch ein Notgesetz vom Jahre 1895 die bereits festgesetzte Ermäßigung der Ausfuhrzulüsse, die 1895 in Kraft treten mußte, wieder aufgehoben wurde. Das folgende Jahr brachte abermals



Tewfik Pascha, der neue türkische Großwesir.

ein Zuckersteuergesetz mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Zuckers auf dem Weltmarkt zu erhalten und daneben die kleinen und mittleren Betriebe gegen das Uebergewicht der großen Fabriken zu schützen. Zu diesem Zweck wurde eine Kontingentierung eingeführt, die einer uneingeschränkten Produktion Zügel anlegte. Im Interesse der Reichsfinanzen wurde die Verbrauchsabgabe auf 20 M erhöht; daneben wurde eine Betriebssteuer eingeführt von 0,10 M für je 100 Kg. bis zu einer Erzeugung von 4 Millionen Kg., steigend bis 0,15 M bei 5-6 Millionen Kg. Bei einer Ueberschreitung des Kontingents wurden 2,50 M Zuschlag zur Steuer erhoben. Die Ausfuhrzulüsse betrugen 2,50 M bis 3 M für die verschiedenen Zuckerarten. Der für die Reichseinnahmen erhoffte Erfolg trat ein: Im Durchschnitt der Jahre 1897-1900 liegt der Ertrag der Zuckersteuer auf 135 Millionen und ihre Nettoeinnahme für das Reich auf 106 Millionen Mark.

Die Brüsseler Konvention vom Jahre 1902 führte schließlich zu einer gänzlichen Beseitigung der Ausfuhrvergütungen; und hierdurch wurde abermals eine gesetzliche Neuregelung der Zuckersteuer erforderlich. Es wurde eine Fabriksteuer von 14 M festgesetzt. Von dieser blieb der für die Ausfuhr bestimmte Zucker befreit. Die volle finanzielle Wirkung des Gesetzes auf die Reichseinnahmen trat vom Jahre 1905 ab in die Erscheinung: 121 Millionen Mark, die sich 1906 auf 141 steigerten und im vergangenen Jahre 170 Millionen erreichten. Im Jahre 1908 wurde dann die Ermäßigung der Steuer von 14 auf 10 M beschloffen, sofern bis dahin Gesetze zustande kommen würden, die eine Erhöhung der Einnahme des Reiches von mindestens 35 Millionen jährlich bezweckten. Die Finanzreform von 1909 hat diesen Zeitpunkt auf 1914 verlegt und die Deckung der Beibrückungen dieses Jahres verursachte abermals die oben erwähnte Verkleinerung. Man darf aber mit Sicherheit annehmen, daß der letzte Beschluß des Reichstages innerhalb der festgesetzten Frist auch zur Durchführung gelangen wird.

Lokales.

Wiesbaden, 22. Juli.

Städtische Apotheken.

Allgemeine öffentliche Apotheken (Gemeindeapotheken) finden sich nach Ermittelung der Zentralkasse des deutschen Städte-tages nur in folgenden Verbandstädten: Breslau, Hannover, Mainz, Offenbach und Worms.

In den beiden preussischen Städten handelt es sich um alten Besitz (die Stadtapotheke in Hannover datiert aus dem Jahre 1567, die Breslauer Allerheiligen-Hospital-Apotheke wurde 1800 als Krankenhausapotheke, aber mit dem Rechte der freien Medikamente privilegiert); in den hessischen Städten um Einrichtungen der letzten Jahre; hier bestehen Gemeindeapotheken auch mehrfach in kleineren Gemeinden (1907 insgesamt 13, d. i. 11 Prozent der Gesamtzahl).

Im Zufallsbesitz einer Apotheke befindet sich ferner Freiberg i. S., wo vor 2 Jahren eine in der Nähe des Rathauses gelegene Apotheke von der Stadt angekauft wurde, um sich das für einen etwaigen Rathhausneubau notwendige Grundstück zu sichern (Verpachtung an den bisherigen Besitzer, Pachtszins reichlich 4 Prozent des ausgeworbenen Kapitals.)

In Breslau und Hannover wird die Apotheke in eigener Regie betrieben. Die Erfahrungen in Breslau sind gut, die Ueberschüsse betrugen in den letzten Jahren in runder Summe: 1908: 35 000 M., 1909: 36 000 M., 1910: 41 000 M. Der im Privatdienstvertrag angestellte Verwalter bezieht 3500 bis 5500 M. (5-400), freie Wohnung im Werte von 600 und 2 Prozent Gewinnanteil.

In Hannover leidet dagegen die Apotheke unter der Konkurrenz der Neuanlagen, zumal sie noch an alter Stelle, in der Altstadt, betrieben wird, wo sich inzwischen die Verhältnisse sehr verändert haben. Trotzdem legt die Stadtverwaltung besonderen Wert darauf, die Apotheke in eigener Verwaltung zu haben. Zurzeit wird eine Neuorganisation durchgeführt, deren Erfolge abzuwarten sind.

Für Hessen gilt zurzeit die Ministerial-Bekanntmachung vom 3. Juli 1911, betr. Verleihung von Apothekenkonzessionen an Gemeinden oder Kreise. Danach ist die Verleihung obligatorisch, die Verpachtungsbedingungen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Der Pächter wird vom Ministerium allein ausgewählt.

Mainz hat 2 Apotheken (eine in Mainz-Nordstadt); bei einer sind die Räume gepachtet, die andere befindet sich in einem besonders hierzu errichteten Gebäude.

Die Ertragsverhältnisse waren bei Nr. 1 Nr. 2 im Jahre 1908 9285 M. 2004 M. im Jahre 1909 8943 M. 1882 M. im Jahre 1910 8741 M. 1906 M.

Die Aufwendungen der Stadt als Verpächterin betrugen: bei Nr. 1 Nr. 2 im Jahre 1908 3006 M. 3170 M. im Jahre 1909 4325 M. 3250 M. im Jahre 1910 3903 M. 3255 M.

In den Aufwendungen für Nr. 2 sind 3018 M. 2982 und 2946 M. für Verzinsung und Tilgung der Bau- und Einrichtungskosten enthalten.

Die mit der Verpachtung gemachten Erfahrungen werden als günstig bezeichnet.

In Offenbach liegt die Apotheke in einem für die Rentabilität sehr unangünstigen Stadtviertel; sie erfordert a. H. noch städtischen Zuschuss (1910 ca. 2200 M.).

Berliner Brief.

Von A. Silvius.

(Gefrieren. — 30 Grad Celsius. — Es ist wirklich schlimm. — Das Thema des Tages. — Unheilvoller Wochenausschlag. — Das „wilde“ Baden. — Sanitaristen im Freibad. — Das Ende des Sportpalastes. — Eine brandstiftende Erklärung. — Um das Palais de Danse. — Geld ist nur Chimäre. — Eher nicht? — Der Fall Gause-Dreher. — Die 4000 Mark Bestimmung. — Eine zeitgemäße Verfügung. — „Grammophon und ähnliche Musikinstrumente.“ — Denn das haben die Mädchen so gerne.)

Gefrieren! Dieses eine, einzige Wort bedeutet ein Programm, ein Programm, in dem Entmutigung, Erschlaffung, Abspannung, Durst, Faulheit und wie all die schönen Eigenschaften heißen mögen, zu finden sind, die bei 30 Grad Celsius im Schatten auffällig hervortreten. Gefrieren! Die Schulen haben sie ohnehin, und die Gemeindevorwaltungen haben für ihre Beamten eine verführte Dienstadt angeordnet. Die anderen armen Sterblichen haben in dessen keine Gefrieren; sie müssen — buchstäblich — im Schweiße ihres Angesichts des Tages Last tragen, des Tages Pflichten erfüllen, und nichts rettet, erlöst sie von dem alltäglichen Sonnenbrand.

It's in Berlin heiß, so ist es aber auch wirklich doppelt schlimm; denn das unendliche Häusermeer wirkt die tropische Glut wieder in die Straßen zurück, in denen kreisförmig so wärlich sind, in denen man so wenig grüne Oasen findet, in denen die Bäume verdorren und die Blumen verwelken. Also es ist wirklich schlimm. 30 Grad Celsius im Schatten ist der ideale Normalfall, manchmal 28 oder 29, zumelst aber flirzt die Dueschilberfäule über die 30 hinaus. Jegliche Kreatur leidet darunter und wer es nur tragend erdulden kann, entflieht am Nachmittag der Steinwüste, um draußen im Grünen ein wenig Erholung zu finden. Freilich muß man zu diesem Zweck eine Fahrt in der sonnenburchaligen Eisenbahn befehlen, aber man erduldet auch das, wenn einem doch dafür ein paar Stunden ungetrübten Wohlbehagens.

Unter diesen Umständen ist es verhältnißlich, wenn das Thema des Tages: die Dige

ist. Die Dige in allen Variationen. Unzählige Mittel werden angesetzt, wie man am besten diese grausame, erstickende Dige bekämpfen kann. Der eine versucht es mit kaltem Tee, der andere mit heißem Kaffee, der dritte mit Obst, der vierte mit kaltem, der fünfte mit warmen Duschern, der sechste mit Warmbädern am Morgen, der siebente mit Rüssisch-Röschchen am Abend und so fort Cum arancia ad infinitum. Resultat? Man transpiriert so und so, und erlt, wenn der Abend angebrochen ist, meist ein fühlbares Lüftchen, das uns befreit aufatmen läßt. Dann erst findet man auch einigermaßen Lust, sich über das, was der Tag gebracht hat zu unterhalten; die vergangene Woche hat natürlich wieder reichlich zu Debatten Anlaß gegeben. Gleich am ersten Tag brachte sie eine große Zahl von Meldungen über Todesfälle beim Baden. Dieses Baden an verschönten Stellen hat schon viel Unglück gebracht, daß es endlich an der Zeit wäre, wenn sich die Leichterfertigen, die es trotz aller Warnungen immer wieder tun, endlich einmal belehren lassen würden. Aber nein. Stets von neuem umgeben sie das Gesetz und finden ihren Tod. So mögen im Verlauf einer einzigen Woche wohl unzählige blühende Menschenleben zugrunde gegangen sein.

Die beiden Freibäder am Müggel- und Wannsee haben jetzt ihre harte Saison; an den Sonntagen mögen an jedem Strand wohl 30-40 000 Menschen sein, und auch an den Wochentagen ist eine sicher erdrückende Fülle. Da draußen entfaltete sich ein Strandleben, das wert wäre, von einer Künstlerhand festgehalten zu werden; aber, wir schweifen ja alle miteinander zu gern in die Ferne, wenn wir es in der Nähe auch noch so schön haben. Das eine ist sicher; fände sich ein intelligenter, unternehmender Mann, der ein fashjonables Wannseebad schafft, so würde er sicher ein großes Geschäft machen. Es könnte auf diesem Gebiete wirklich etwas Großartiges, Weltstädtisches gemacht werden, aber es findet sich niemand, der den Mut hat, das Risiko einzugehen. Mit einem Risiko allerdings sind alle solche Geschäfte verbunden.

Das hat man an dem Sportpalast gesehen, der erst vor zwei Jahren mit einem tiefen

Applomb eröffnet wurde und jetzt endgültig lauter gegangen ist. Der Reichenbau, der eine Zeitlang eine künstliche Eisbahn enthielt, dann zu allerlei Kummelsvergütungen benutzt wurde, hat seine Freunde sich erwerben können. Die weite Halle blieb leer, und die Gesellschaft fallierte. Verloren werden ungefähr drei Millionen, und die Besitzerin, eine Bank, sieht sich gezwungen, die sollen zu lassen, die nicht mehr in der Lage sind, das Unternehmen halten zu können. Der schicksalreiche Bau soll jetzt, wie ein Gerücht wissen will, für ein Ausstellungenstheater hergerichtet werden, in dem Direktor Reinhardt seine Inszenierungskunst von neuem zeigen will. Sicher ist zunächst, daß sich aus der ganzen Sportpalastaffäre eine Prozedur entspinnen wird; es sehen so dunkle Andeutungen über eigenartige Geschäftspraktiken, daß die Veranlassung nehmen wollen, das Gerücht dafür zu interessieren, die Geld bei der Gründung verloren haben.

Auch bei einer anderen, höchst interessanten Gründung soll schon eine Menge verloren worden sein. Diese Gründung beschäftigt sich mit der Umwandlung des „Palais de Danse“, unseres elegantesten und teuersten Nachtslokals, in eine englische Gesellschaft. Bisher hatte es der Direktor des Metropolitentheaters in seinem Besitz, da kam ein englisches Konfession, bot ihm einen tiefen Preis, der akzeptiert wurde, und nun sollte weiter nichts, als die Auflösung des Grundstücks. Aber da wurde den Herren ein Strich durch die Rechnung gemacht, indem erklärt wurde: ausländische Gesellschaften bedürfen zur Niederlassung in Berlin (überhaupt in Deutschland) der ministeriellen Genehmigung, und diese Genehmigung wird — so heißt es — nicht erteilt werden. Nicht etwa, weil die smarten Geschäftsleute Engländer sind, sondern, weil sie das Gründungskapital durch 20-Mark-Shares aufbringen wollen. Denn diese Sharesgründungen dürfen nach unserem Aktien-gesetz nicht gestattet werden, und so kommt es, daß das „Palais de Danse“ — vorläufig wenigstens — nicht in englischen Besitz übergehen kann. Für unsere Lebenswelt ist es jedenfalls gleichgültig, ob das Geld, das sie im „Palais de Danse“ läßt, in englische

Taschen oder in deutsche Portemonnaies übergeht; sie wird sich so und so weiter amüsieren und die Prosphen knallen lassen. Geld ist ja nur Chimäre. Oder nicht? Wenn man den Fall Gause-Dreher betrachtet, so muß man sagen, daß Geld keine Chimäre ist. Herr Dreher ist der Anwalt des Defraudanten Gause, der bekanntlich ein Bekandnis — zuerst seinem Verteidiger — ablegte und den Verdict der 94 000 M. angab. Herr Dreher hat sich daraufhin die ausgesetzte Belohnung auszahlen lassen. Zuerst gab's in der Öffentlichkeit eine scharfe Kritik, dann erklärte Rechtsanwalt Dreher, er habe die 4000 Mark wohl genommen, aber sie der mittellosen Mutter Gauses überweisen, ergo habe er keinen Nutzen davon, und die Kritik sei zu unrecht geübt. C'est le ton qui fait la musique.

Die Musik hat übrigens der Polizei Gelegenheit zu einer höchst zeitgemäßen Verfügung gegeben. Sie hat bei Strafe angeordnet, daß nach 10 Uhr abends nicht mehr bei offenen Fenstern und Türen „Grammophone und ähnliche Musikinstrumente“ gespielt werden dürfen. Das sei unter Umständen als ruhestörender Lärm anzusehen, und das müsse unbedingt geahndet werden. Die Felle des „Grammophons und ähnlicher Musikinstrumente“ werden sich ins Häutchen lachen und der hohen, fürsorglichen Polizei ein Loblied singen. Wenn die Polizei nur schon den Pruning hätte — so sagen die Freunde des „Grammophons und ähnlicher Musikinstrumente“ — das wäre besser, als daß sie sich um das bische Musik bei offenen Türen und Fenstern kümmert. Denn das haben doch die Mädchen so gerne . . .

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Im Residenz-Theater hat Direktor Robert am Samstagabend eine eigenartige Gabe, und zwar Offenbachs Operette „Die schöne Helena“ in der Einrichtung von Professor Not Reinhardt. Die Neuheit besteht hierbei bekanntlich darin, daß die handelnden Personen über einen durch den Zuschauerraum führenden Pl-

Das Nassauer Land.

Landwirtschaftliche Genossenschaften in Nassau
Niederelvers, 22. Juli.

Den 22. ordentlichen Verbandstag hielt gestern hier der Verband der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften unter dem Vorsitz des Verbandsdirektors Petiti-jean-Wiesbaden ab. Als Ehren Gäste waren erschienen Landwirtschaftsinspektor Reiser als Vertreter der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Fresenius-Wiesbaden als Vorsteher der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt an der Weisberg, Generalsekretär, Regierungsdirektor Gennés-Darmstadt als Vertreter des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Verbandsssekretär Grieser-Frankfurt a. M. als Vertreter des Nassauer-Verbandes. Außerdem waren ca. 300 Genossenschaftler anwesend, die 75 Genossenschaften vertraten.

Aus dem von Verbandsdirektor Petiti-jean-Wiesbaden gehaltenen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr ergibt sich, daß dem Verband der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 1. Januar d. J. 213, heute 217, Genossenschaften angehören. Mitglieder zählt der nassauische Verband am 1. Januar d. J. 23.265, davon 15.604 Mitglieder von Kreditgenossenschaften, 6776 Mitglieder von landwirtschaftlichen Konsumvereinen und 885 Mitglieder von sonstigen Genossenschaften. Die dem Verband angeschlossenen 124 Kreditvereine ausschließlich der „Genossenschaftsbank für Nassau“, hatten mit 15.402 Mitgliedern insgesamt 21.798.748 M. Aktiva, 16.580.358 M. Spar-einlagen bei der Genossenschaftsbank, einen Gesamtumsatz von 39.287.063 M. (i. V. 29.432.144 M.) und 4.322.979 M. eingezahlte Spareinlagen. Die 68 Konsumvereine, ausschließlich der Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Wiesbaden, mit 6883 Mitgliedern (i. V. 5895 Mitglieder), hatten 738.041 M. Aktiva. Der Wert der Warenbestände stellt sich auf 1.563.247 M. Die 35 Mitglieder zählende Molkerei des Verbandes hat 327.673 M. Aktiva, 7 sonstige Genossenschaften, 683 Mitglieder zählend, haben zusammen 688.373 M. Aktiva. Der Gesamtumsatz betrug 480.865 M. Die drei 67 Mitglieder zählenden Winzervereine des nassauischen Verbandes mit 89.550 M. Aktiva erzielten einen Gewinn von 3704 M. Insgesamt wurden von den drei Winzervereinen 119.552 M. umverteilt.

Die Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft für den Regierungsbezirk Wiesbaden umfaßt 88 Mitgliedsgenossenschaften. Die „Genossenschaftsbank für Nassau“ zählt 202 Mitgliedsgenossenschaften. Die Bilanzsumme beträgt 2.925.720 M. Der Reingewinn stellt sich auf 17.039 M. Der Gesamtumsatz auf 44.882.992 M. Dem Reichsverband sind im abgelaufenen Jahre 1349 Genossenschaften beigetreten, jedoch der Reichsverband nunmehr 19.885 Genossenschaften zählt, während im ganzen Reich 25.202 Genossenschaften bestehen, denen 2 1/2 Millionen Personen angehören, über 307 Millionen Mark Betriebskapital verfügen und einen Umsatz von 5483 Millionen Mark erzielten.

Ueber die Sanierung der Spar- und Darlehnskasse Langendernbach, die von Seiten des Gutspächters Fräulein Waldmannshausen in der letzten Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer außerordentlich angegriffen worden war, berichtete der Redner, daß die Sanierungsarbeiten erledigt seien. Der Verlust ist beseitigt. Die Bankschuld, die bei Ausbruch der Krise vor 1 1/2 Jahren 163.000 M. betrug, ist am 1. Juli d. J. bis auf 31.000 M. abgetragen, dagegen hat die Spar- und Darlehnskasse Langendernbach einen eigenen Effektenbestand von 50.000 M. angekauft. Die Verbandsrechnung für 1911 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 21.621 M. ab. Die Wahl des Verbandsdirektors ergab die Wiederwahl des Verbandsdirektors Petiti-jean auf unbestimmte Zeit. Die ausstehenden Verbands- und Mitgliedsbeiträge der Landwirtschaftskammer, Kaffee- und Rinderzuchtvereine, Bäcker- und Metzgervereine, Konsumvereine, Molkerei wurden wieder und für Bürgermeister Simon-Nied, Landwirt Chr. Emil-Wiesbaden neu gewählt.

Die alte Spar- und Leihkasse in Alsbach i. L., die sich energisch gegen die Anordnungen des Verbandes sträubte, wurde auf Antrag des Verbandes aus diesem ausgeschlossen. In Alsbach hat sich nunmehr ein neuer Verein mit 20 Mitgliedern gebildet. Auch die Spar- und Darlehnskasse in Romborn, Kreis Weiburg, die mangels Lebensfähigkeit aufgelöst wurde, wurde nur formhalber aus dem Verband ausgeschlossen. Mit der Uebernahme des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstages anlässlich des 25. Verbandstages 1913 in Wiesbaden, die auf dem letzten Genossenschaftstag in Dresden beschlossen wurde, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zum Schluß hielt Generalsekretär Regierungsdirektor Gennés-Darmstadt ein Referat über die Sicherheit im Geschäftsverkehr der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Mit einem Hoch auf das Genossenschaftswesen schloß der Vorsitzende um 3 Uhr die Verhandlungen.

Die Rheinbrücke bei Seilheim.

In der Eisenbahndirektion Mainz ist jetzt mit der Ausarbeitung des Projekts für die neue Rheinbrücke bei Seilheim begonnen worden. Man hat sich für diese Stelle zum Bau der Brücke keineswegs ohne Weiteres entschieden, sondern auch versucht, weiter rheinwärts, zwischen Trechtingshausen und Altmannsdorfen, eine Brücke aufzubauen zu bringen. Da hätte man aber auf beiden Rheinseiten durch Tunneln genügt und außerdem den nicht erweiterungsfähigen Bahnhof Blumberg derartig belästigt, daß sicher Betriebschwierigkeiten darin entstanden wären.

Das weiter rheinwärts auszuführende Projekt hätte eine Beteiligung der Seilsen nicht notwendig gemacht, doch hat man neuerdings die Bittere Wille für Hessen dadurch verliert, daß man die von ihm zur Seilheimer Brücke beizubehaltenden 2 Mill. 18.000 Mark mit 4 Proz. vergüten will, indem man die Bahn als Verbindungs-bahn bezeichnet, während sonst nur eine Quote von 2 1/2 Proz. auf Hessen entfallen wäre.

Die Verbindung der Brücke mit Bingen soll zunächst nicht erfolgen, sie läßt sich indessen später noch ohne Schwierigkeiten herstellen, die Kosten müßten beiderseitig oder von der Stadt Bingen getragen werden. Man glaubt, daß einweilen das Projekt genügt und ist entschlossen, einen Personenverkehr von Wiesbaden über Seilheim erst einzurichten, wenn von allen Seiten die Notwendigkeit dafür anerkannt wird und die Mittel in der angegebenen Weise bereit gestellt werden. Abschließend wird die Gemeinde Radesheim behandelt, die zunächst keinen Bahnhof an der Strecke Seilheim-Sarnsheim erhält, doch ist er für später in Aussicht genommen. Da das Reich zwei Drittel der Kosten trägt, muß der Charakter einer militärischen Bahn für die neue Strecke möglichst gewahrt bleiben, da sonst die Gefahr besteht, daß die Kostenverteilung auf Unannehmlichkeiten von Preußen und Hessen eine anderweitige Regelung erfordert.

Die Bahn wird daher zunächst nur dem Güterverkehr dienen und eine Verbilligung der Tarife zwischen Rheinhessen und dem Rheingau bringen. Bezüglich eines etwaigen Personenverkehrs wird man sich später entscheiden.

Ht. Wiesbaden, 22. Juli. Das Wilhelm-Museum in Ullingen hat durch eine Schenkung von Frau Dr. Wilhelm-Wiesbaden eine überaus wertvolle Bereicherung erfahren, indem die Dame dem Archiv etwa 100 Briefe überließ, die der große Gelehrte von seinem Weissen in die Heimat brachte.

Ht. Biersfeld, 22. Juli. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand als einziger Punkt der Antrag der Stadtgemeinde Wiesbaden auf Abänderung des Altkontrollen-Planes im Distrikt Württemberg auf der Tagesordnung. Hier ist ein großer freier Platz projektiert, welcher zum Teil in Wiesbaden, und zum Teil in Biersfelder Gemarkung fällt. Die Versammlung beschloß einstimmig, sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden zu erklären.

Aus dem Rheingau, 22. Juli. Infolge der häufigen Morgennebel hat sich ein härteres Auftreten der Völkchen bemerkbar gemacht. Da nun erneut gelöst und geschneit wird, zum Spähen wird bereits eine stärkere Föhnwind als bisher verweht, so hofft man, zumal eine so sonnige Witterung herrscht, einer größeren Verbesserung entgegen zu sein. Es braucht jedoch noch sehr viel Arbeit, bis die drohende Gefahr abgewandt ist. Dieses sehen die Winzer ein und weiter sind sie in den Weinbergen beschäftigt. Der Weinbau hat im allgemeinen wenig Schaden anrichten können, die meisten Lagen sind vollständig wurmfrei. Auch die jetzt auftretenden Sauerwurmmotten können sich infolge der warmen Witterung wenig ausbreiten. Das nach den Meisten eine eingetretene schöne Sommerwetter mit der warmen Julisonne, die es auch in diesem Jahre mit den Nebeln sehr gut zu meinen scheint, kommen der weiteren Entwicklung der Trauben sehr zu statten. Das Wachstum der Trauben schreitet schnell voran und die Trauben beginnen bereits zu hängen. Die Verkauftschäden sind bis jetzt auf der Hand im allgemeinen still. Die freihändige oder auf den Versteigerungen erworbenen Weine werden jetzt bezogen.

Ht. Niederwall, 22. Juli. Nach einem Vortrage des Rectors Breidenstein-Wiesbaden hat sich gestern hier ein fortschrittlicher Wahlverein gebildet. Herr Breidenstein sprach über „Das Wesen und die Aufgaben der fortschrittlichen Volkspartei“. Hiernach wurde der Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender ist Bürgermeister Bender, zweiter Vorsitzender Dr. Lindgens.

Ht. Elville, 22. Juli. Herr Lehrer Müns an der hiesigen Volksschule feierte dieser Tage sein 25jähriges Jubiläum als Lehrer in hiesiger Stadt. — Hier geht man mit dem Plane um, eine Rabenfeuer zu errichten.

Ht. Bintel, 22. Juli. Gestern feierte der hiesige Krieger-Verein sein 40jähriges Stiftungsfest. Nach einem Festzug durch die Ortsstraßen, an dem sämtliche hiesigen Vereine teilnahmen, fand am Kriegerdenkmal eine Ehrung der gefallenen Kameraden statt, wonach eine offizielle Feier stattfand.

Ht. Radesheim, 22. Juli. In der eigens hierzu in 6 Bezirke eingeteilten Gemarkung Radesheim finden die Besitzungen der Weinberge durch die Verkaufskommission in der Zeit vom 16. d. M. bis 17. August statt. Außer den erwarteten 5 Kommunalmitgliedern nehmen an der Versteigerung noch 15 Personen teil. Die Versteigerung wird in jedem Bezirk auf fünf Tage ausgedehnt. Zwischen den Besitzungen der einzelnen Bezirke liegt immer eine Pause von zwei Tagen.

Ht. Nassau, 22. Juli. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde beschlossen, zur etwaigen Errichtung einer Fürsorgeanstalt für 150 schulentlassene Knaben ein Gelände von 200 Morgen zur Verfügung zu stellen.

Ht. Rimbura, 22. Juli. Der Gemeinderat im nahen Stöffel, Theodor Weimer, der bis vor einigen Wochen die Gemeindefasse sowohl wie die Kasse der evangelischen Kirchengemeinde dorthelbst verwaltet hatte, wurde wegen Unterschlagung verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Die Verurteilungen sollen 5000 M. betragen.

Ht. Montabaur, 22. Juli. Gestern wurde hier der größte Saal, genannt Kaiseraal, festlich unter großer Beteiligung von hier und auswärts eingeweiht. Die Feier wurde eröffnet durch die Kapelle Müller unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Rheinische Liedertafel“. — Gestern stattete der Eisenbahnverband Altkirchen der Stadt Montabaur einen Besuch ab.

Ht. Weiburg, 22. Juli. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurden zur Ausschüttung der Stadt bei Gelegenheit der am 25. d. M. stattfindenden Beilehung des Großherzogs Wilhelm von Luxemburg 1200 M. bewilligt. Weiter genehmigten die Stadtverordneten die Aufnahme einer Anleihe bei der Nassauischen Landesbank in Höhe von 160.000 M. Ferner fand ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Eisenbahnbüro wegen Lieferung elektrischer Energie für den Bahnhof einstimmige Annahme. Der Vertrag läuft zunächst bis zum Jahre 1922 und dürfte der jährliche Verbrauch voraussichtlich 15.000 Kilowattstunden nicht überschreiten.

Ht. Herborn, 22. Juli. Das Viehmarkt-Verbot, das seit 1 1/2 Jahren bestand, ist aufgehoben worden; der nächste Markt findet am 25. d. M. statt. — Gerichtsdirektor Hartung ist zum 1. August an das Amtsgericht nach Frankfurt a. M. versetzt.

Ht. Weilmünster, 22. Juli. Der in Köln die Baugewerkschule besuchende 20jährige Sohn der Witwe G. von Hantenbach ertrank dieser Tage beim Baden im Rhein.

Ht. Pfaffenwiesbach, 22. Juli. Hier erschoss am Freitagabend der 19jährige Streckenarbeiter Eckert aus Ober-Eichbach die 21jährige Elise Roded und tötete sich dann selbst. Die Roded hatte das seit zwei Jahren bestehende Verhältnis gelöst.

Ht. Wesen, 22. Juli. Am 1. August d. J. werden es 25 Jahre, daß Herr Andreas Geuer die Geschäfte eines Gerichtsdieners und Gefangenwärters an dem hiesigen Amtsgericht versieht. Geuer, welchem vor einigen Jahren das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen wurde und der die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht hat, steht im 70. Lebensjahre und bezieht das Jubiläum in geistiger und körperlicher Frische und Mithilfe.

Ht. Remel, 22. Juli. Hier erbännte sich in der Scheune der Landwirt Christoph Bremier. Was den 73jährigen ansehnlichen Mann in den Tod trieb, ist nicht ausgemacht.

Ht. Grävenwiesbach, 22. Juli. Bei dem Tunnelbau der neuen Eisenbahnstrecke Ullingen nach Weiburg wurden nunmehr die Schutzhütten dem Mauerwerk eingestrichen. Mit der Vervollendung des 1300 Meter langen Tunnels war eine kleine Feier verbunden.

Ht. Gumbach, 22. Juli. Der Kaufmann Krings kürzte beim Traubenschnitt die so unglücklich von einer Leiter ab, daß er schwere Verletzungen davontrug, die sofortige ärztliche Hilfe bedingten.

Ht. Bad Ems, 22. Juli. Bei dem Bau der Strecke Friedberg-Homburg wurde einem Italiener von einem Arbeitszuge ein Fuß abgefahren.

Ht. Hohen, 22. Juli. Der Nachwächter Leberer erhielt, als er von einem Landsträßen kommende Personen zur Ruhe ermahnte, einen Stich in den Rücken. Ein anderer Polizeibeamter wurde ebenfalls verletzt. Als Täter wurden zwei Personen verhaftet.

Ht. Hattersheim, 22. Juli. Den hiesigen Lehrern wurde eine Ortskonferenz, den Gemeindefreien eine Schulschulung und den Gemeindefreien eine Lohnverbesserung von 3 auf 4 Mark den Tag bewilligt.

Ht. Neuenhain i. L., 22. Juli. An Stelle des zurückgetretenen Bürgermeisters Müller wurde der Kreissekretär E. Hermann-Domburg einstimmig zum Bürgermeister gewählt. — Der langjährige Konflikt zwischen der Gemeinde und der hiesigen Kirchengemeinde um das Benutzungsrecht der Schule ist jetzt dahin entschieden, daß der letzteren das Recht anerkannt wurde, allerdings mit der Maßgabe, daß sie Umbauten und Erweiterungsarbeiten seitens der politischen Gemeinde ohne weiteres zu gestatten hat.

Ht. Griesheim, 22. Juli. Was alles auf einmal geschehen wird, das bewies eine Hausfuchung, die vorgestern bei einer hier wohnhaften Witwe vorgenommen wurde. Auf zwei Etagen ließ die Polizei u. a. folgende Gegenstände „abholen“: 20 Stunduhren, 55 Geldbörsen, 12 Silberarmbänder, 15 Handtäschchen, 9 Zintenlässe, 40 Scheren, Dutzende von Uhrketten, Kaffeelöffeln, Damentaschen, mehrere Kaffeegeschirre, zahllose Ritzarbeiten, Spiegel, Briefbeschwerer, Fächer usw. Alle diese Sachen sind einem Frankfurter Geschäft, in dem eine Tochter der Frau Verkäuferin war, gekloppt worden. In einem großen Auto holte sich die Firma die entwendeten Sachen wieder. — Generalsekretär Dr. Stroop hat zur Erinnerung an seine Gattin dem hiesigen Vaterländischen Frauenverein 10.000 M. Mark geschenkt.

Ht. Frankfurt a. M., 22. Juli. Der 34jährige Kellner Ludw. Waldschmidt aus Gladbach, der am 24. November 1910 in einem Laden der Bergerstraße die Filialleiterin Elise Raier ermordete, der für geisteskrank erklärt und in der Irrenanstalt Verbotten interniert war, ist dort ausgebrochen. Der Polizei gelang es, ihn in seinem Heimatort Gladbach wieder zu verhaften. — Eine Anzahl von Verbrechern haben dem scheidenden Oberbürgermeister Ad. Les durch Zerstörung eines Hauses in der Oberlindau ihre besondere Hochachtung bezeugt. Dr. Ad. Les dürfte also auch in Zukunft in Frankfurt wohnen. — Von zwei aus dem Sachsenlager nachträglich als vorkenverpflichtet ins städtische Krankenhaus eingeliefert Personen ist vorgestern eine 65 Jahre alte Frau gestorben. Ob letztlich die Fäden der Todesurkunde sind, müßte erst durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt werden. Alle vorher im Krankenhaus als vorkenverpflichtet untergebrachten Personen sind als geheilt entlassen worden. — Der Zentralverband der vrenhischen Gemeindefreien hält hier selbst vom 21. bis 23. August seine 17. Hauptversammlung ab.

Ht. Neustadt a. O., 22. Juli. Vorgestern vormittag wurde in der Sauterstraße der praktische Arzt Dr. Kunze von seinem eigenen Automobil überfahren. Er wollte vor dem Auto stehend, die Kurbel andrehen, während das Automobil noch nicht ganz still stand. Dabei wurde er von einem Rade erfaßt, das ihm über die Brust ging. Er wurde in bewußtlosem Zustande in ein

benachbartes Haus gebracht, wo sich mehrere Kollegen um ihn bemühten. Inzwischen ist er zwar wieder zum Bewußtsein gekommen, aber er ist noch nicht transportfähig.

Letzte Drahtnachrichten.

Kämpfe in Mexiko.

Mexiko, 22. Juli. Eine Abteilung von 500 Mann Rebellen, die zu dem General Rosa gehört, wurde in der Nähe von Raderia auf einem Marsch über einen Gebirgspass von Indianern in einen Hinterhalt gelockt und gefangen genommen. Die Indianer richteten dann unter den Gefangenen ein furchtbares Blutbad an und töteten 400 Mann von ihnen.

Die Krise in der Türkei.

Paris, 22. Juli. Die Proklamierung des Sultans an die Armee hat die Lage nicht gebessert. Die Offiziere sind darüber aufgebracht, daß der Monarch, der über den Parteien stehen sollte, sich einer Clique hohe Breitblößen lassen, in einem Manifest den Standpunkt des Komitees zu vertreten und dessen Gegner, die heute im Offiziers-Korps in der Ueberzahl sind, als Vaterlandsfeinde hinzustellen, denen man gar noch die Verantwortung für den italienischen Angriff auf die Dardanellen aufzubürden wolle. Seit gestern nacht durchziehen Offiziers-Patrouillen die Straßen und ein großes Gendarmen-Aufgebot ist bereit, jeden Versuch im Reime zu erstickten. Selbst Rosa wurde verhaftet.

Geburt einer Prinzessin.

Schloß Camenz, 22. Juli. Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen ist von einer Prinzessin glücklich entbunden worden.

Typhus-Epidemie.

Ulm, 22. Juli. In der hiesigen Garnison ist eine Typhus-Epidemie ausgebrochen. Bisher sind 50 Soldaten erkrankt. Mehrere von diesen sind gestorben.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Bosnischen Zeitung“ aus Uscub haben die Albaner bereits begonnen ihre Streitkräfte in Bewegung zu setzen. Die Aufständischen sind mit den modernsten Waffen versehen. Es wird nur auf den Befehl der nationalen Zentralleitung gewartet, um auf Mitrovica zu marschieren, und von dort will man dann den Vormarsch auf Konstantinopel antreten. In der Ebene von Diakowa sollen sich 12.000 Mann unter Mahmud Samis versammelt haben und auf den Befehl warten, sich zur Bahnstation zu begeben. Die Zahl der Aufständischen in Albanien wird auf 80.000 angegeben.

Die Krise in der Türkei.

Paris, 22. Juli. Die Proklamierung des Sultans an die Armee hat Großvezir und Dschemal Eddin zum Scheitern in diesem Bekanntheitsgebiet worden.

Ein Eisenbahnzug in die Luft gesprengt.

Newport, 22. Juli. Nach einem Telegramm aus Mexiko haben 500 Rebellen einen Eisenbahnzug durch eine Mine zerstört. 30 Mann Regierungstruppen, die den Zug begleiteten und 8 Passagiere 2. Klasse wurden getötet. Die Rebellen setzten den Zug in Brand. 20 verwundete Passagiere, die sich nicht von der Stelle bringen konnten, kamen in den Himmel um.

Wetterbericht.

E. Knaus & Co.
jetzt Langg. 31 u. Taunusstr. 16
Special-Institut für Optik.

Barometer
STURMCHEN BEI VERÄNDERLICHEN WETTERSTÄNDEN
STURMCHEN BEI VERÄNDERLICHEN WETTERSTÄNDEN

von der Wetterdienststelle Weiburg.
Höchste Temp. nach C: 22, niedrigste Temp. 12.
Barometer: gestern 768,6 am, heute 759,3 mm

Voraussichtliche Witterung für 23. Juli:
Wolkenlos, aber ohne erhebliche Niederschläge;
tagsüber etwas wärmer als heute.

Niederschlagshöhe seit gestern:

| | | | |
|----------|----|---------------|---|
| Weiburg | 1 | Erlangen | 6 |
| Feldberg | 2 | Wienhausen | 1 |
| Reutich | 4 | Schwarzenborn | 1 |
| Marburg | 10 | Rassel | 1 |

Wassers Rheinpegel Gaud: gestern 2.33 heute 2.38
Stand: Rheinpegel Weiburg: gestern 1.08 heute 1.04
Gemeindefreie 4.97 Wonnung 3.58
23. Juli. Sonnenuntergang 8.04 Monduntergang 11.26

Schrift- und Geschäftsleitung: Konrad Venzold.
Verantwortlich für den politischen Teil, das Remission, für den Handel, u. a. allgemeinen Teil: Peter Thiel; für den lokalen Teil: u. a. Peter Thiel; für Nachrichten aus Nassau, den Rheinländern, für Sport- und Gesellschaftlichen: A. Gähler; für den Internationall: Otto Peter. — Druck und Verlag: Wiesbadener General-Anzeiger Konrad Venzold, sämtlich in Wiesbaden.

Zeitschriften an Verlag, Redaktion und Expedition sind nicht per post zu abonnieren. Für die Aufhebung und Nachlieferung unvollständiger Einlieferungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Abbestellungen werden in den Postämtern.

Reichardt der Reinste!

Die auch vom Publikum anerkannte unübertroffene Reinheit der Reichardt-Fabrikate gründet sich insbesondere auf zwei Faktoren; sorgfältige Auswahl des Rohmaterials und technisch vollendete Reinigung. Damit geht die Reichardt-Gesellschaft weit über die für die Industrie als Norm beschlossenen Reinheitsvorschriften hinaus und verwirklicht zugleich das Reinheitsideal, wie es auf den internationalen Kongressen als wünschenswertes Ziel ins Auge gefaßt worden ist. Hiernach sind die Kakaobohnen **nicht nur von Schalen, sondern auch von Samenhäutchen und Keimen zu reinigen**, während die unter deutschen Fabrikanten vereinbarte Norm **nur eine Entfernung der Schalen fordert**.

Auf diese **feststehenden Tatsachen** wies die Reichardt-Compagnie im April hin. Eine kleine Zahl von Kakaofabrikanten fühlte sich getroffen und beantragte bei der Kammer für Handelsfachen zu Altona eine einstweilige Verfügung, die im Beschlußverfahren und **ohne irgendwelche Anhörung der Reichardt-Compagnie** erlassen wurde. Um den Instanzenzug in Gang zu setzen, war die letztere **gezwungen**, die Gegner vor **dieselbe** Kammer zum Widerspruch zu laden, womit die Bestätigung des Beschlusses von selbst gegeben war.

Es hat also in dem Verfahren bisher lediglich **ein** Richter gesprochen. Dagegen hat sich weder das Oberlandesgericht noch das Reichsgericht zu äußern vermocht, da das Verfahren soeben erst in die Berufung gelangt ist.

Den vom ersten Richter extrahierten Beschluß deuten unsere Gegner in ihrer neuerlichen Annonce vom 16. d. M. abermals aus. Sie verfolgen hierbei wiederum die Taktik, den Kernpunkt der Sache zu unterdrücken, über Inhalt und Umfang des Gerichtsbeschlusses zu täuschen, sodaß dem Publikum Wahrheit und Unwahrheit nicht mehr erkennbar ist.

Auf Grund der Tatsachen steht folgendes unabwendbar fest:

- Wahrheit ist,** daß die Firmen, die unter dem neuen Inseerat der Gegner verzeichnet stehen, die einstweilige Verfügung **nicht** erwirkt haben; nur ein Teil derselben hat den Antrag gestellt. Die übrigen haben nach Falstaffischer Manier die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit betrachtet, machen sich jetzt aber den Beschluß zu Nutze, **der wohl keinen mehr überrascht hat, als die Gegner selbst**.
- Wahrheit ist,** daß die Reichardt-Compagnie voll berechtigt ist, die **wahre Tatsache zu behaupten**, sie reinige ihre Kakaos bis zu der äußersten Grenze technischer Möglichkeit, **also nicht nur von Schalen, sondern auch von Samenhäutchen und Keimen**. Ueber diese unbestrittene Tatsache, die sattham nachgewiesen ist, hatte das Gericht überhaupt nicht zu befinden. Nur die unter meiner Verantwortung gewählte **Form** des Hinweises auf die mangelhaften Reinheitsvorschriften der Industrie stand zur Entscheidung.
- Wahrheit ist,** daß die Reinheitsvorschriften der übrigen Industrie **eine Entfernung lediglich der Schalen fordern**.
- Wahrheit ist,** daß die Thesen der internationalen Kongresse, so auch in Genf, **übereinstimmend mit der Fabrikationspraxis der Reichardt-Compagnie auch die Beseitigung der Samenhäutchen und Keime verlangen**.
- Wahrheit ist,** daß der bereits früher genannte deutsche Kongreßvertreter erklärt hat, die **Verbandsleitung**, der er als Syndikus angehört, **habe fast zwei Jahre daran gearbeitet, eine Beseitigung der Genfer Beschlüsse zu ermöglichen**.
- Wahrheit ist,** daß es die übrige Industrie unterläßt, die bestehenden Reinigungsvorschriften zu ändern, wie sie auch zu der diesjährigen Versammlung des Bundes Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler trotz Aufforderung keinerlei Abänderungsanträge gestellt hat.
- Wahrheit ist,** daß die Reichardt-Compagnie dem Gericht **84 Analysen** von verdächtigten Nahrungsmittelschmälern und gerichtlichen Sachverständigen der verschiedensten Orte vorgelegt hat, wonach in den untersuchten Kakaos, die von den Gutachtern in allen Preislagen eingekauft wurden, nicht nur Samenhäutchen und Keime, sondern auch Schalentheile bis zu den erheblichsten Mengen festgestellt worden sind, gerade auch in Fabrikaten eines großen Teiles unserer jetzigen Gegner. Ja sogar Schimmelpilz und Gossininfärbung wurden analysiert. Bei einer Anzeige hätte dies gesetzlich als Verderbenheit und Verfälschung von Nahrungs- und Genussmitteln beurteilt werden müssen. Die Reichardt-Compagnie glaubte das Interesse der Allgemeinheit wahren zu können, auch ohne Anzeige zu erstatten oder die Analysen zu veröffentlichen.
- Wahrheit ist,** daß die gegnerische Firma S. in B. in einem neuen Warenkataloge nachstehendes kundgibt: „Unser Konsumkakaos wird aus nur einwandfreien und unbeschädigten Rohbohnen und unter gänzlicher Entfernung der Kakaoschalen und Keime hergestellt. **Diesem Prinzip wird leider nicht von allen Fabrikanten gehuldigt**“. Diese Firma weist hier also nicht nur auf die früher vom Kaiserlichen Statistischen Amt bestätigte Einfuhr verdorbener Kakaobohnen nach Deutschland hin, sondern sie betont sogar **als branchekundige Tatsache** die bloße Schlussfolgerung der Reichardt-Compagnie, daß aus den bestehenden Reinheitsvorschriften hervorgehe, wie weit die übrige Industrie grundsätzlich von dem Reinheitsideal der internationalen Kongresse entfernt sei. Im Widerspruch hierzu steht freilich die Tatsache, daß unter den dem Gericht überreichten Analysen sich auch solche über Fabrikate dieser Gegnerin, sogar mit Schalen vorfinden. Dieses mehrfache Doppelspiel ist für die Mittel, mit denen der der Reichardt-Compagnie aufgezwungene Kampf geführt wird, bezeichnend.
- Wahrheit ist,** daß ein gegnerisches Organ, nämlich der „Konfitüren-Markt“, unterm 15. Mai 1912 als Grund für das Verschweigen der Namen der Antragsteller in der ersten Veröffentlichung des Gerichtsbeschlusses den Umstand angibt, das die Mitglieder des Verbandes geschont werden sollen, die in ihrer Maschinerie rückständig sind und daher ihre Kakaos tatsächlich von Schalen, Samenhäutchen und Keimen nicht völlig befreien.
- Wahrheit ist,** daß dieselbe Zeitschrift unterm 15. Juli erklärt, daß trotz des Gerichtsbeschlusses nicht zu verschweigen sei, daß recht viele „ihrer“ Fabriken keineswegs auf der Höhe sind, daß deren Kakaos stark zu wünschen übrig läßt, was seine Vermahlung und Pulverisierung anbetrifft, und daß ihr Aufschließungsverfahren mehr oder weniger fehlerhaft ist. Der Artikel fügt hinzu, daß, falls diesen Fabriken die Verbesserung ihres Verfahrens **nunmehr** als dringende Notwendigkeit erscheint, der Hinweis der Reichardt-Compagnie sein Gutes gehabt habe.
- Wahrheit ist,** daß die Reichardt-Compagnie schon vor Jahren die Öffentlichkeit anrief, um dergestalt von außen einen Zwang zur weitergehenden Reinigung auszuüben; daß sie im Jahre 1910 von neuem, durch ihre auch öffentlich bekanntgegebene Eingabe an den Bundesrat, dieses Ziel zu erreichen suchte, — eine Eingabe, die die übrige Industrie trotz der Bitten der Reichardt-Compagnie nicht unterstützte.
- Wahrheit ist,** daß die Reichardt-Compagnie lediglich **zu dem gleichen Zwecke** in ihrem Inseerat vom 3. April d. J. auf die derzeitig noch geltenden beschränkten Reinheitsvorschriften hinwies.

Wenn angesichts der vorgeschilderten unwiderleglichen Tatsachen die fortgesetzten Anstrengungen der Reichardt-Compagnie, die Durchführung der weitgehendsten Reinheitsbestrebungen im Interesse des Publikums zum Gemeingut der deutschen Industrie zu machen, von den Gegnern zu einem Verstoß gegen die guten Sitten gestempelt werden, so kann diese völlig neue und eigenartige Ausdehnung des Begriffes der guten Sitten bei dem konsumierenden Publikum niemals Verständnis und Billigung finden. Bei dieser Auslegung würde Vernunft — Unfuss, Wohlthat — Plage. Daran ändert auch nichts die von den Gegnern aus dem Zusammenhang gerissene und einer Reichsgerichtsentscheidung, die mit dem gegenwärtigen Fall nicht den geringsten Berührungspunkt hat, entlehnte Begriffsbestimmung.

Wohl aber enthält es handgreiflich den größten Verstoß gegen das Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden, einen noch nicht rechtskräftigen Beschluß ohne Publikationsbefugnis in der unerhörtesten und entsetztesten Weise auszudeuten, und ebenso ist es der Gipfelpunkt der Arglist, wahrheitswidrig einen Erfolg vorzuspiegeln, wie dies diejenigen Firmen tun, die sich durch Unterzeichnung des Inseerats nachträglich als Prozeßpartei hinstellen, obwohl sie sich dem Verfahren beizutreten wohlweislich gehütet haben.

So sehen die Dinge in Wahrheit aus.

Deshalb können auch die gegenwärtigen Ausführungen mit den Worten geschlossen werden: Reichardt der Reinste und

36616

Reichardt der Feinste!

Dr. jur. Max von Obstfelder.

Hamburg, im Juli 1912.

